

INHALT

1. CDU-Fraktion fordert 1200 Meter Mindestabstand für Windräder
2. Zusammenarbeit mit Hamburg im Justizvollzug verzögert sich deutlich
3. Befragung von Schutzbefohlenen im Fall Friesenhof
4. Bernstein: Auflösung der „Besonderen Aufbauorganisation“ längst überfällig
5. CDU-Fraktion legt Änderungsanträge zum Nachtragshaushalt vor
6. Anhörung zum so genannten Polizeibeauftragten
7. Umsätze der Industriebetriebe in Schleswig-Holstein erstmals seit fünf Jahren gesunken
8. Parlamentarischer Frühlingsempfang der CDU-Landtagsfraktion

22.04.2016

CDU-Fraktion fordert 1200 Meter Mindestabstand für Windräder Antrag wird kommende Woche im Landtag behandelt

In der Landtagssitzung der kommenden Woche steht das Thema Windenergie auf der Tagesordnung. Am Dienstag beschlossen die Abgeordneten der CDU-Fraktion einen Antrag, mit dem der Mindestabstand der Anlagen von Siedlungen auf 1200 Meter erhöht werden soll. Bislang sind es 800 Meter. Der Mindestabstand zu Einzelhäusern und Splittersiedlungen soll von 400 Meter auf 500 Meter erhöht werden.

Die technische Entwicklung mache eine Nachjustierung der Abstandsregelung erforderlich, betonte der CDU-Fraktionsvorsitzende Daniel Günther. „Die Anlagen werden bekanntlich immer höher. Natürlich fühlen die Anwohner sich davon beeinträchtigt. Entsprechend muss der Mindestabstand angepasst werden“.

Die Erfolgsgeschichte der Energiewende könne auch nach dieser Erhöhung des Abstandes fortgeschrieben werden. Es bleiben immer noch etwa zwei Prozent des Landes Vorrangflächen für Windenergie. Allerdings könne so die Akzeptanz der Menschen besser erhalten werden.

Wie nötig das ist, zeigte eine in den Kieler Nachrichten veröffentlichte Umfrage am Mittwoch: Demnach befürworteten nur noch 49 Prozent den Bau weiterer Anlagen, 47 Prozent sind dagegen.

Günther machte Ministerpräsident Albig für den Stimmungsumschwung verantwortlich. Der habe ursprünglich sieben Prozent als Vorrangfläche für Windenergie in den Karten

ausgewiesen. Das habe den Widerstand gegen diese für unser Land so wichtige Energieform erst ausgelöst. „Albig darf jetzt nicht länger rumeiern. Er muss den Mindestabstand der Windkraftanlagen zu bewohnten Gebieten erhöhen, so wie die CDU es fordert“, sagte Günther.



Daniel Günther, Fraktionsvorsitzender der CDU-Fraktion

Zusammenarbeit mit Hamburg im Justizvollzug verzögert sich deutlich **Ostmeier: Das planlose Vorgehen der Justizministerin muss ein Ende haben**

Monatelang hatte CDU-Justizexpertin Barbara Ostmeier im vergangenen Jahr Kritik an der Vertiefung der Zusammenarbeit im Justizvollzug zwischen Hamburg und Schleswig-Holstein geübt. Diese hatte Ministerin Spoorendonk ohne parlamentarische Beteiligung voran getrieben. Medienberichte sprachen von einem Tausch: Demnach sollten schleswig-holsteinischen Frauen in Hamburg und Hamburger Jugendliche in Schleswig-Holstein untergebracht werden. Im Dezember verkündete Spoorendonk gemeinsam mit ihrem Hamburger Kollegen, dass entsprechende Pläne geprüft werden sollen. Ziel war es, bis zum Ende der Legislaturperiode einen Staatsvertrag abzuschließen.

Daraus wird nun nichts. Im Innen- und Rechtsausschuss in dieser Woche verkündete Spoorendonk eine deutliche Verzögerung. Ostmeier zeigte sich erleichtert. „Niemandem war damals klar, auf welcher Grundlage die Ministerin verhandelt. Anke Spoorendonk selbst offenbar am allerwenigsten. Ich kann nur hoffen, dass die Verhandlungen jetzt endlich vom Kopf auf die Füße gestellt werden: Erst müssen gemeinsame Ziele und Methoden im Strafvollzug vereinbart werden. Dann kann es um eine Vertiefung der Zusammenarbeit gehen“, so Ostmeier.

Die Abgeordnete forderte nun eine längst fällige Debatte auch über die Vor- und Nachteile einer vertieften Zusammenarbeit. „Bislang sind SPD, Grüne und SSW der von der CDU geforderten fachlichen Diskussion mit dem Hinweis auf die Verhandlungen der Landesregierung auf Arbeitsebene ausgewichen. Die Frage, wo und wie unser Land Straftäter resozialisiert, gehört aber ins Parlament und in die zuständigen Ausschüsse“, forderte Ostmeier.

Befragung von Schutzbefohlenen im Fall Friesenhof

CDU: Die schlimmsten Befürchtungen im Fall Friesenhof wurden übertroffen

In dieser Woche haben zum ersten Mal zwei ehemalige Bewohnerinnen der inzwischen geschlossenen Friesenhof-Mädchenheime vor dem Ausschuss ausgesagt.

Die Obfrau der CDU-Fraktion im Schleswig-Holsteinischen Landtag, Heike Franzen, hat sich nach der Befragung tief erschüttert über die dort über Jahre begangenen Verstöße gegen jede Form menschenwürdiger Behandlung gezeigt:

„Hier waren Schutzbefohlene unserer Gesellschaft- Mädchen ab 12 Jahren- schlimmsten Demütigungen schutzlos ausgeliefert. Es ist eine Schande, dass so etwas über einen derart langen Zeitraum unter den Augen der Aufsichtsbehörden in Schleswig-Holstein möglich war“, erklärte Franzen in Kiel.

Neben Isolationsstrafen und Drohungen mit Entmündigung seien die Bewohnerinnen außerdem der totalen Überwachung und Übergriffen des Personals ausgesetzt gewesen. „Mit solchen Methoden werden Kinder seelisch zerstört“, sagte die CDU-Abgeordnete.

Deshalb müsse der Parlamentarische Untersuchungsausschuss jetzt alles daran setzen, dass derartige Misstände in Schleswig-Holstein niemals wieder möglich würden.



Heike Franzen, Obfrau der CDU-Landtagsfraktion

Bernstein: Auflösung der „Besonderen Aufbauorganisation“ längst überfällig

CDU fordert Stärkung der Polizeipräsenz in der Fläche

In dieser Woche wurde die vor acht Monaten extra geschaffene Organisationseinheit der Polizei für die Unterbringung Hilfesuchender wieder aufgelöst.

Die flüchtlingspolitische Sprecherin der CDU-Fraktion im Schleswig-Holsteinischen Landtag, Astrid Damerow sowie der polizeipolitische Sprecher Dr. Axel Bernstein dankten den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für deren Arbeit.

„Die BAO hat sich bewährt. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter haben wirklich Herausragendes bei der Flüchtlingsaufnahme geleistet. Während in der Regierung und den sie tragenden Fraktionen viel zu häufig gezögert wurde, hat die BAO die Ärmel hochgekremgelt“, erklärte Damerow in Kiel.

Trotzdem sei diese Auflösung vor dem Hintergrund der Gesamtbelastung der Polizei überfällig. Bernstein erklärte: „Es wird jedoch sicher nicht einfach sein, die effizient arbeitenden Strukturen aus dem Polizeibereich zu ersetzen. Das Landesamt für Ausländerangelegenheiten tritt hier in große Fußstapfen.“

Er forderte, die frei werdenden Polizeikräfte zur Stärkung der Präsenz in der Fläche einzusetzen: „Die vergangenen Monate haben einmal mehr gezeigt, wie dringend jede Beamtin und jeder Beamte auf der Straße gebraucht wird“, so Bernstein.



Innenexperte der CDU-Fraktion, Dr. Axel Bernstein

CDU-Fraktion legt Änderungsanträge zum Nachtragshaushalt vor Koch will „Wahlkampfkasse“ der Finanzministerin zum Schuldenabbau nutzen

Am Donnerstag kommender Woche wollen SPD, Grüne und SSW den von Finanzministerin Monika Heinold eingebrachten Nachtragshaushalt verabschieden. In dieser Woche brachte die CDU-Fraktion ihre Änderungsanträge ein. CDU-Finanzexperte Tobias Koch begründete diese mit drei wesentlichen Fehlern des Regierungsentwurfs. „Mit unserem Antrag werden tatsächlich 100 Millionen Euro investiert – nicht nur so getan. Außerdem stellen wir im Gegensatz zu SPD, Grünen und SSW sicher, dass die Krankenhäuser in diesem Jahr wirklich saniert werden können. Und während die Finanzministerin eine geheime Wahlkampfkasse aufbaut, wollen wir lieber die Neuverschuldung um 100 Millionen Euro reduzieren“.

Der Nachtragshaushalt der Landesregierung lasse den 50-prozentigen Anteil, den die Kommunen für die Sanierung der Krankenhäuser beisteuern müssten, außer Acht. Bevor diese Kofinanzierung durch die Kommunen nicht geklärt sei, könne jedoch mit keiner einzigen Sanierungsmaßnahme begonnen werden. Die CDU-Fraktion habe bereits vor Monaten einen Antrag gestellt, den kommunalen Anteil zu stunden. „Wir wollen die im Nachtragshalt für Krankenhäuser eingestellten Mittel verdoppeln, damit auch ohne sofortige Kofinanzierung der Kommunen mit der Sanierung begonnen werden kann“, so Koch. Darüber hinaus wolle die CDU wie bereits in den vergangenen Jahren die Sanierungsmittel für Sportstätten auf vier Millionen Euro erhöhen.

Weiterhin haben die Haushaltsexperten der CDU-Fraktion ein „Millionenpolster“ bei den Zins- und Personalausgaben gefunden. Selbst bei vorsichtigen Betrachtungen seien diese auf Basis des Jahresabschlusses 2015 um insgesamt mehr als 100 Millionen Euro zu hoch angesetzt.

„Offensichtlich will Heinold mit dieser geheimen Wahlkampfkasse im Jahr vor der Landtagswahl noch weitere Wahlgeschenke von SPD, Grünen und SSW ermöglichen. Wir halten

es für sinnvoller, die Neuverschuldung zu reduzieren“, so Koch.

Link zum CDU-Antrag:

<http://www.cdu.ltsh.de/media/nachhh2016.pdf>



Finanzexperte Tobias Koch

Anhörung zum so genannten Polizeibeauftragten

Bernstein: SPD, Grüne und SSW wollen der Polizei die Arbeit erschweren

Diese Woche fand im Innen- und Rechtsausschuss die Anhörung zum so genannten „Polizeibeauftragten“ statt. Dieser soll nach dem Willen von SPD, Grünen und SSW nicht nur als Beschwerdestelle und unabhängige Kontrollinstanz für Bürgerinnen und Bürgern dienen. Auch die Polizisten selbst sollen sich mit ihren Anliegen dahin wenden können.

Offensichtlich sehen die Polizisten allerdings keinen Bedarf. „Der Polizeibeauftragte wird nicht gebraucht“, überschrieb die Gewerkschaft der Polizei ihre Stellungnahme. Denn in der öffentlichen Verwaltung Schleswig-Holsteins und damit auch in der Polizei werde das bundesweit fortschrittlichste Mitbestimmungsrecht praktiziert. Vielmehr werde der Beauftragte als „Misstrauenserklärung gegenüber der Landespolizei“ verstanden.

„Der Versuch von SPD, Grünen und SSW, unseren Polizeikräften dieses weitere Beschwerdeinstrument gegen sie auch noch als Wohltat zu verkaufen, ist krachend gescheitert. Die Polizistinnen und Polizisten im Land wissen genau, um was es geht: Die Regierungsfractionen wollen das in ihren Reihen tief sitzende Misstrauen gegen unsere Polizei in Gesetzesform gießen“, sagte dazu der polizeipolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion, Dr. Axel Bernstein in Kiel. Der Misstrauensbeauftragte reihe sich nahtlos in die bislang von SPD, Grünen und SSW beschlossenen Maßnahmen ein, die der Polizei die Arbeit schwerer machen.

Interessant waren die Reaktionen der Regierungsfractionen. Lediglich die Grünen – auf deren Initiative die Einführung zurück geht - meldeten sich unterstützend zum Gesetz zu Wort. Von SPD und SSW wurde keine Stellungnahme abgegeben.

Umsätze der Industriebetriebe in Schleswig-Holstein erstmals seit fünf Jahren gesunken

CDU: Bitterer Beleg für ihre schlechte Wirtschaftspolitik



Johannes Callsen, finanzpolitischer Sprecher der CDU-Fraktion

Schon für das erste Quartal des Jahres 2015 hatte das Statistikamt Nord bei den Industriebetrieben ein Umsatzminus von 6,6 Prozent verbucht. An diesem Freitag wurde der Wert für das Gesamtjahr mitgeteilt. Erstmals seit fünf Jahren ist der Umsatz der Industriebetriebe gesunken – und zwar gleich um sieben Prozent.

Der wirtschaftspolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion, Johannes Callsen, übte scharfe Kritik an der Landesregierung.

„Was muss noch passieren, damit die Landesregierung ihre bürokratische und mittelstandsfeindliche Haltung ändert?“, fragte Callsen.

Laut Statistikamt verbuchten die Industriebetriebe auch bei der Exportquote einen überdurchschnittlichen Rückgang von 37 Prozent- auf 14 Prozentpunkte

„Die Industrie kann das auf Dauer nicht verkraften. Wenn es so weiter geht, kommen die Unternehmen um Kostensenkungsstrategien nicht mehr herum. Und das bedeutet in der Konsequenz den Abbau von Arbeitsplätzen“, warnte Callsen.

Link zum Bericht:

http://www.statistik-nord.de/fileadmin/Dokumente/Presseinformationen/SI16_071.pdf

Parlamentarischer Frühlingsempfang der CDU-Landtagsfraktion 220 Gäste nahmen die Einladung in die Hermann Ehlers Akademie an

In diesem Jahr stand der parlamentarische Frühlingsempfang der CDU-Landtagsfraktion unter dem Eindruck der Entwicklungen im Bereich der Inneren Sicherheit in Schleswig-Holstein und im Bund. Als Referent zu diesem Thema begrüßte der Fraktionsvorsitzende, Daniel Günther, den Bundesvorsitzenden der Gewerkschaft der Polizei, Oliver Malchow.

Malchow beschrieb in seinem Vortrag die Situation der Polizeikräfte, die mit der wachsenden Zahl an Aufgaben immer mehr an ihre Belastungsgrenzen kämen. Er machte deutlich, dass sich die Polizei auch bei Routineeinsätzen immer häufiger einem großen Aggressionspotenzial ausgesetzt sieht.

Forderungen nach mehr Überwachung der Polizeikräfte, durch zum Beispiel Body-Cams oder den von der Landesregierung geforderten Polizeibeauftragten, erteilte er eine deutliche

Absage. Dies würde dem Bild des bürgernahen Polizisten als „Freund und Helfer“ endgültig ein Ende setzen.

Im Anschluss an den Vortrag nutzten die zahlreichen Gäste die Möglichkeit zum Meinungsaustausch und Gesprächen mit den Abgeordneten.

Hier der Link zu unserer Facebook-Seite mit Impressionen des diesjährigen Jahresempfang:
<https://www.facebook.com/media/set/?set=a.1698433803710503.1073741851.1380320645521822&type=3>

V.i.S.d.P
CDU-Fraktion im Schleswig-Holsteinischen Landtag
Dirk Hundertmark, Pressesprecher
Tel.: 0431/988-1440
dirk.hundertmark@cdu.ltsh.de